

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 3.90 RM., monatl. 1.30 RM.,
 wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus,
 bezugsfähig. Einzelne Wochen-
 nummern 5 Pf. Sonntagsnummer
 mit illustrierter Beilage „Die Neue
 Welt“ 10 Pf. Solche: Monatlich
 1.50 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2.50 RM., für das übrige Ausland 4 RM.,
 monatlich. Postbestellungen nehmen
 an: Postamt, Holland, Fugenburg,
 Schwaben u. die Schweiz, Bingerstraße
 in die Post-Zeitungs-Verwaltung.
Erscheint täglich.
 Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Der Anzeigenpreis
 beträgt für die siebenstellige Anzeigen-
 zeile 60 Pf. „Kleine Anzeigen“,
 das festgebundene Wort 10 Pf. (zu-
 lässig 2 festgebundene Wörter), jedes
 weitere Wort 10 Pf. Größere Anzeigen
 und Scherenschnittanzeigen das erste
 Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.
 über 15 Buchstaben zahlen für
 zwei Worte. Sonntagsbeilage 20 Pf.,
 Familien-Anzeigen 50 Pf.,
 juristische u. amtliche Anzeigen
 40 Pf. Die Zeile. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmitt. im Druckgeschäft,
 Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, ab-
 gegeben werden. Bestellnet von 8 Uhr
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. **Mittwoch, den 3. Oktober 1917.** Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Wiederum Fliegerbomben auf London.

Die Frage nach Belgien.

Die Rede, die Herr v. Kühlmann im Hauptausschuß des Reichstags gehalten hat, begegnet in der englischen Presse um so stärkerem Interesse, als der Redner selbst drüber noch als Mitarbeiter des Fürsten Nikolowski an der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zwischen den beiden Staaten in lebhafter Erinnerung steht. Während die konservative Presse in der vorläufigen Weigerung der deutschen Regierung weiter nichts als einen Grund zur Fortführung des Krieges sieht, nimmt die liberale Presse jene Rede zum Anlaß, um den deutschen Staatssekretär zur Abgabe genauerer Erklärungen zu ermuntern.

In diesem Sinne befragt „Manchester Guardian“, daß Staatssekretär v. Kühlmann in seiner Rede in der Reichstagskommission nichts über die Wiederherstellung oder etwas dergleichen gesagt hat. Er habe nur allgemeine Grundsätze friedliebender Tendenz und konstitutionellen Charakters geäußert, aber nichts im Interesse des Friedens getan, der weiter entfernt sei, als im Juli. Allerdings habe Kühlmann diese belangreichen Erklärungen abgegeben, wonach Deutschland alle Pläne von Weltherrschaft abschwäre und den Grundsatz anerkenne, daß alle Staaten nach dem Völkerrecht gleiche Rechte haben. Es müsse das Ziel der Fortführer Englands sein, Kühlmann zu bewegen, seinen Standpunkt zu der Aufrechterhaltung des europäischen Staaten-systems weiter zu entwickeln. Kühlmanns Allgemeinheiten klingen gut genug, aber wenn man weiter kommen solle, müsse er bereit sein, über gewisse sachliche Punkte, die ihm wohl bekannt seien, Rede zu liefern.

Ganz ähnlich wie das große liberale Blatt schreibt das Organ der „Asquith und Grey“, „Westminster Gazette“: Der Staatssekretär weiß wohl, daß wir Verbündeten entschri sein würden, wenn wir den Krieg beendeten, ohne absolute Garantien zu erhalten, daß Belgien und Serbien, um die beiden flagrantesten Beispiele zu nennen, nominell und tatsächlich wiederhergestellt würden. Es gibt keine Atmosphäre, die die Deutschen herstellen könnten, die uns davon absolvieren könnte, uns absolute Sicherheiten zu verschaffen. Deutschland hat uns in dieser Hinsicht seit dem Beginn des Krieges sein Wort gegeben, daß es Belgien ungewaltsam in seinen früheren Verhältnis wiederherstellen würde, wenn der Krieg aus wäre. Es hat sogar ausdrücklich erklärt, Belgien würde für Deutschland nutzlos sein, wenn es nicht zugleich Holland annehme. Daß es dieses Versprechen erfüllt, betrachten wir als Kräfte seines guten Glaubens in allen anderen Fragen. Wenn wir weniger annehmen, so würde das für uns der Beweis unserer Niederlage sein.

Das „Westminster Gazette“ sagt, ist richtig. In den Begriff eines Verständigungsfriedens, eines Friedens ohne Eroberungen, ist die volle Wiederherstellung der belgischen Unabhängigkeit ohne weiteres eingeschlossen. Die Erklärungen vom August 1914 bestehen noch in Kraft, auf ihre Erneuerung drängen wir unablässig hin.

Der Druck, den die deutsche Friedensbewegung in dieser Richtung ausüben kann, würde aber noch viel stärker, er würde einfach unübersteigbar sein, wenn es klar wäre, daß mit der Behebung aller Zweifel über Belgien wirklich das letzte Hindernis für den Eintritt in die Friedensverhandlungen fällt. Man sagt nun hierzulande, eine Erklärung bezüglich Belgiens würde ebensowenig diese Wirkung haben, wie alle anderen Friedensangebote und Friedensklärungen, die von Deutschland ausgegangen sind. Auch ihr würde man nur mit Hoß und Spott begegnen, auch sie würde nur als ein Zeichen der Schwäche gedeutet werden und als ein Beweis dafür, daß der Krieg nun erst recht weitergeführt werden müsse.

Diese Art, die Dinge zu sehen, erschwert der deutschen Friedensbewegung ihre Arbeit ganz außerordentlich. Wir brauchen nicht noch einmal zu sagen, daß wir Sozialdemokraten das freie Belgien wollen, daß wir es unter allen Umständen wollen. Man gebe uns aber ein sichtbares Zeichen dafür, daß über das freie Belgien wirklich der gerade Weg zum Frieden führt, dann wird ganz Deutschland für Belgien aufstehen, eine jeden Zweifel ausschließende Erklärung wird abgegeben werden, und der Weg zum Frieden wird frei sein!

Bern, 1. Oktober. Selbstverständlich erörtern nur wenige französische Blätter die Verhandlungen des Reichstags. „Deuxième“ macht darauf aufmerksam, daß Kühlmann sich in Allgemeinheiten gehalten habe. Die Entente-Diplomatie müsse die Entwicklung seines Programms über die Notwendigkeit, vor dem Frieden eine friedliche Atmosphäre zu schaffen, genau ins Auge fassen und erwägen, um sich zu überzeugen, daß sie auf diesem Gebiete in Kühlmann einen starken Gegner vor sich habe. Vor einem Gegner von solchem Werte müsse die Entente auf der Hut sein. Die Entente solle dem Papste,

In Flandern deutscher Sturmefolg im Polygon-Walde — Wachsender Artilleriekampf nordöstlich von Soissons — Vorstoß bei Bezonvaux.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 2. Oktober 1917. (W. L. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In der Mitte der flandrischen Front war der Artilleriekampf stark, zwischen Langemarck und Hollebete mehrfach zu heftigen Zrommelfeuerwechseln gesteigert.

Morgens entrißen unsere Sturmtruppen den Engländern am Polygon-Walde, nördlich der Straße Menin—Ypern, in etwa 500 Meter Tiefe Kampfgelände, das gegen mehrmalige starke Gegenangriffe behauptet wurde. Außer erheblichen Verlusten büßte der Feind Gefangene ein.

Seeeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nordöstlich von Soissons nahm die Kampfintensität der Artillerien zu.

Vor Verdun war der Feuerkampf im Anschluß an ein erfolgreiches Unternehmen auf dem Ostufer der Maas lebhaft. Bei Bezonvaux brachen morgens Infanterie-Stoßgruppen mit Pionieren bis in die hinteren Linien der französischen Stellung, zerstörten dort die Grabenanlagen und leiteten mit mehr als 100 Gefangenen in die eigene Stellung beschlagnahmte zurück.

Östlichen Kriegsschauplatz

mazedonischen Front

Wies bei geringer Gefechtsintensität die Lage unverändert. Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 2. Oktober 1917, abends. Amtlich.

In Flandern und vor Verdun mehrfach starker Feuerkampf; keine Infanteriekämpfe verliefen für uns erfolgreich.

In letzter Nacht wurden London, Sheerness, Ramsgate, Dover erneut von unseren Fliegern angegriffen.

Im Osten nichts Besonderes.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 2. Oktober 1917. (W. L. S.) Amtlich wird veröffentlicht:

Auf allen Kriegsschauplätzen ist die Lage unverändert.
 Der Chef des Generalstabes.

der sich wohl nochmals an sie wenden werde, belunden, daß Deutschland nicht allein dasstehe, wenn es der päpstlichen Intervention ehrfurchtsvolle Bedeutung beilege. — „Humanität“ legt besonderen Nachdruck auf die Ausführungen Stüßmanns über die nationale deutsche Politik. Kühlmann glaube wohl nicht, daß Wilson jetzt schon annehmen könnte, daß Deutschland parlamentarisiert sei und daß man mit ihm in Unterhandlungen eintreten könne.

Keine Sonderfriedensvorschläge an England und Frankreich.

Berlin, 2. Oktober. (W. L. S.) Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat gegenüber einem Vertreter des Wolff-Bureaus folgende Erklärung abgegeben:

Der russische Kriegsminister Berchowski hat auf der Petersburger demokratischen Konferenz in seiner Rede behauptet, der deutsche Reichskanzler habe in Stuttgart unter anderem erklärt, daß Deutschland bereit sei, Frankreich Elsass-Lothringen zurückzugeben. Die Neuherungen, die der Reichskanzler seinerzeit in Stuttgart getan hat, sind allgemein bekannt; die Behauptung des Kriegsministers ist erfunden.

Ferner hat Berchowski gesagt, daß Deutschland die Absicht hätte, mit England und Frankreich einen Separatfrieden auf Kosten von Rußland zu schließen, und daß England und Frankreich der russischen Regierung mitgeteilt hätten, sie seien hierfür nicht zu haben. Ich stelle hiermit ausdrücklich fest, daß Deutschland keinerlei Separatfriedensvorschläge an Frankreich oder England gemacht hat.

Der Luftangriff auf London.

London, 2. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Amtlich wird mitgeteilt: Bei dem Luftangriff gestern abend sind zehn Personen getötet und 38 verletzt worden.

Besteht das preussische Dreiklassenhaus noch zu Recht?

Von Erich Ruttner.

Das preussische Dreiklassenparlament soll in Monatsfrist über die Wahlrechtsvorlage entscheiden, an der Neudeutschlands innerpolitische Zukunft hängt. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ beschwert sich, jubelnd applaudiert von der alldeutschen Presse, daß dem Hause die Auflösung angefündigt worden ist, falls es Schwierigkeiten macht. Sie beschwert sich weiter, daß bis jetzt in der ganzen Wahlrechtsfrage über den Kopf des Abgeordnetenhauses hinweg gehandelt worden sei.

Wir antworten mit der Frage: Existiert denn dieses Dreiklassenhaus überhaupt noch als irgendeine Realität? Hat es das Recht, sich noch als irgendjemandes legitime „Vertretung“ aufzuspielen? Wir sehen ganz von dem bekannten verfassungswidrigen und ungesetlichen Ursprung des Dreiklassenwahlrechts ab, an dem auch ein Zeitablauf von zwei Generationen nicht ein Jota geändert hat.

Wir reden hier nur von den Ereignissen der letzten Jahre, die zur Genüge beweisen, daß im Oktober 1917 das sogenannte preussische Abgeordnetenhaus nichts anderes mehr ist als irgendeine private Zusammenkunft von 443 beliebigen Müllern und Schulzen, die sich in Berlin ein Rendezvous geben und nun verlangen, als die Vertretung des preussischen Volkes angesehen zu werden.

Bekanntlich sind es die Alldeutschen selber, die mit Leidenschaftlichkeit dem Reichstag das Recht bestreiten, noch als Vertretung des deutschen Volkes zu gelten. Sie behaupten, daß der Reichstag „eigenmächtig“ seine Lebensdauer verlängert habe, was allerdings nicht zutrifft, daß er fern vor dem Kriege unter ganz anderen Voraussetzungen gewählt worden sei und daher die jegliche Meinung des Volkes nicht mehr widerspiegelt.

Alles das gilt aber auch genau so von dem preussischen Abgeordnetenhaus. Auch das Dreiklassenparlament ist vor dem Kriege gewählt worden, auch seine Lebensdauer ist durch Spezialgesetz über die verfassungsmäßige Zeit der Legislaturperiode hinaus verlängert worden, oder, wie die Alldeutschen sagen würden, es hat sie „eigenmächtig“ verlängert.

Gerade die Alldeutschen müßten daher auf Grund ihrer eigenen Logik als die ersten sich auf den Standpunkt stellen, daß dieses jetzt bekammensfindliche Dreiklassenparlament nicht die geringste moralische Daseinsberechtigung mehr besitzt. Denn was dem Reichstag recht ist, das ist dem Abgeordnetenhaus billig, und wer A sagt, der muß auch B sagen, da hilft kein Drehen und Winden. Wir nehmen an, daß die Alldeutschen bei ihren Deklamationen gegen den Reichstag das preussische Abgeordnetenhaus bisher nur vergessen haben und erwarten, morgen in der „Deutschen Tageszeitung“ und in den „Berliner Neuesten Nachrichten“ bekräftigt zu finden, daß diese Blätter den 443 preussischen Abgeordneten natürlich ebenso die Rechtmäßigkeit ihres Mandats bestreiten wie den 397 Reichstagsboten.

Für jeden Alldeutschen ist also die Frage, ob das Abgeordnetenhaus noch irgend ein Recht hat, sich als rechtmäßige Volksvertretung zu gerieren, von vornherein zu dessen Ungunsten entschieden. Für uns freilich noch nicht, die wir die alldeutschen Angriffe gegen das rechtmäßige Bestehen des Reichstags stets entschieden zurückgewiesen und als grundlos betrachtet haben.

Doch wir kommen zu dem gleichen Resultat auf Grund einer anderen, ungleich stichhaltigeren Erwägung: dieses Abgeordnetenhaus ist auf Grund eines Wahlrechts gewählt worden, das heute jeder Mensch, aber auch jeder als unwürdig des Volkes ansieht, das die Zeiten von 1914/17 als seine Leistung aufzuweisen hat. Dieses Parlament verdankt einem Wahlsystem seine jetzige Zusammensetzung, das in der Öffentlichkeit auch seinen einzigen Verteidiger mehr findet.

Das gilt aber nur vom preussischen Abgeordnetenhaus, nicht vom Reichstag. Im Gegenteil! Die Ueberzeugung, daß es geradezu ein Segen für Deutschland ist, eine aus gleichen Wahlen hervorgegangene Volksvertretung zu besitzen, hat sich in den Kriegsjahren ganz gewaltig gefestigt. Haben es doch auch sehr weit rechtsstehende Kreise bejubelt, als der Reichstagspräsident Kaempff dem Präsidenten Wilson seine Antwort erteilen konnte, „im Namen des Parlamentes, das auf Grund des demokratischen Wahlrechts der Welt gewählt worden ist“. Haben doch gerade alldeutsche Blätter

Der Hauptauschuss gegen den Kriegswucher.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung stand folgender Antrag des Zentrums:

„Den Herrn Reichsfinanzminister ersuchen und dringendst zu erfordern, dem Reichstage schleunigst einen Bericht vorzulegen, welcher den Kriegswucher aller Art wirksam bekämpft und insbesondere die Einziehung der erlangten wucherischen Vermögensgewinne in allen Fällen vorschreibt.“

Abg. Dr. Feger (Z.) bedauert, daß die Kommission für Prüfung von Lieferungsverträgen nicht in die Lage berufen worden ist, einen Bericht zu erstatten. — Die Stilllegung der Betriebe wird von den industriellen Syndikaten jetzt dazu benützt, ihre Konkurrenten an die Wand zu drücken.

Abg. Dr. Niefer (natl.) meint, daß Uebereinstimmung bestünde über die Vermeidlichkeit des Kriegswuchers. Das Reichsgericht habe aber Grundzüge aufgestellt, die mit dem Rechtsverständnis des soliden Kaufmanns im Widerspruch stehen. Auf diese Weise ist Verwirrung in die Rechtsprechung hineingetragen worden, so daß fast kein Kaufmann mehr davor sicher ist, mit einem Verfahren wegen Wuchers bedacht zu werden.

Abg. Kocke (Soz.): Dem Vortage des Zentrums werden wir zustimmen. Die durch Wucher erlangten Gewinne müssen eingezogen werden. Daß die Verträge dem Handel zu wehe tun, kann so allgemein nicht behauptet werden. Wenn man sich darauf beschränken will, die Kriegswucherer an den Prävar zu stellen, dann erreicht man gar nichts. Die Wucherer zeichnen sich als Krieger aus und nicht als Patrioten. Direkt lächerlich ist es, bei einem Wuchergewinn von 10 000 Mark auf 500 M. Geldstrafe zu erkennen. Die Geschäftsabstufung der großen Gesellschaften wirken geradezu aufreizend. Die Kapitalisten wissen nicht wozu mit dem Gelde. Der Reichstag hat trotz aller Vermahnungen nie einen richtigen Einblick in das Lieferungsweesen des Reichs gewonnen. Eine wirkliche Kontrolle ist nur möglich, wenn der Reichstag einen mit den weitesten Vollmachten ausgestatteten Kontrollenausschuss einsetzt.

Abg. Simon (N. S.) schließt sich dieser Kritik an, die er noch durch einige Beispiele ergänzt. So ist die Militärverwaltung der Steigerung der Preise von Rohmaterialien für Gleichförde um 1632 Proz. untätig gegenüberstanden. Auf diese Weise hat man der Firma Heinemann in Berlin, Alexanderstr. 10, in wenigen Monaten einen Gewinn von 7 1/2 Millionen Mark zugebracht, damit, daß man dieser Firma ein Verkaufsmonopol übertrug.

Mittlerweile ist noch folgender Antrag des Zentrums eingegangen:

den Herrn Reichsfinanzminister zu ersuchen, dahin zu wirken,

1. daß zum Schutze der Verbraucher und des rechten Kaufmannshandels die wucherischen Preissteigerungen des Schleichhandels mehr als bisher verfolgt und bei Bestrafungen besonders auf Rückertung, zumal soweit die selbsteigenen Höchstpreise überschritten wurden, der Geminn erkannt wird;
2. Maßnahmen zu treffen, daß auf Grund der Erfahrungen der Preisprüfungsstellen gemeinsam mit den Vertretern des Kaufmannshandels wirksame und ungeschwächte Preisobergrenzen für Lebensmittel und notwendige Gebrauchsgüter des täglichen Lebens verhängt werden und Höchst- oder Richtpreise festgesetzt werden.

Abg. Piesching (Sp.): Am besten wäre es, wucherische Gewinne einfach zu konfiszieren. Dringend erforderlich sei, daß gegen die Anordnungen der Verwaltung, insbesondere auf Schließung von Betrieben, ein Rechtsmittel geschaffen wird. Das jetzige System widerspricht dem Gedanken des Rechtsstaates. Den übermäßigen Gewinn, wie z. B. bei den Daimler-Werken, müsse man in irgendeiner Form fassen.

Direktor Dehrstahl teilt mit, daß Staatssekretär v. Krause, der am Erscheinen verhindert ist, sofort nach seinem Amtsantritt die Reform des Wuchergesetzes in Angriff genommen hat. Ob man dazu komme, die unredlichen Gewinne einzuziehen, sei fraglich, weil gegen eine solche Maßnahme doch gewisse Bedenken bestehen. Das Nachforderungsrecht steht jetzt dem Leistenden zu, man müßte

es also erst auf das Reich übertragen. Darin aber liege die große Schwierigkeit.

Ministerialdirektor Dr. Lewald wies gegenüber den Angriffen, die gegen die Durchführung des Reichstagsbeschlusses bezüglich der Kommission, die die Prüfung der Preise bei Kriegslieferungen vorzunehmen hat, erhoben worden sind, darauf hin, daß die Kommission genau nach dem Beschluß des Reichstags gebildet und einberufen worden wäre.

Abg. Wiesbert (Z.) begründet den zweiten Antrag des Zentrums. Der reelle Kaufmann müsse vor dem Verdacht des Wuchers geschützt werden. Der Schleichhandel müsse verfolgt werden; dazu hilft auch, wenn die Käufer, die wucherische Preise bezahlen, bestraft werden. Sehr bedenklich sei, daß gegen hochgestellte Personen, die enorme Gewinne bei Kriegslieferungen erzielt haben, nicht eingeschritten wurde. In das Gebiet des Kriegswuchers fällt auch die brutale Lohnrückerei gegen die belgischen und polnischen Arbeiter. Heute gilt die Parole: Jeder muß seinen Wirtmenschen aus, so gut er kann.

Abg. Doh (Soz.) fordert, daß in dem vom Abg. Simon erwähnten Fall des Kriegswuchers Auskunft gegeben wird. Bei den Preisprüfungsstellen scheinen zu viel Interessenten mitzuwirken.

Abg. Wamuth (Dt. Fr.) meint, daß die jetzigen Gesetze zur Bekämpfung des Wuchers ausreichen; man brauche nur auf strenge Strafen zu erkennen.

Obersteuerrat Koeth geht auf den Fall Heinemann ein. Der Firma wurden 8000 Zentner beschlagnahmtes Pechgröbe zur Verteilung überwiesen. Daran hat sie 7 1/2 Proz., insgesamt 100 000 M., verdient.

Abg. Nist (natl.) polemisiert gegen die Sozialdemokraten. Die Nationalliberalen beurteilen den Wucher genau so, wie andere Parteien. Aber heute hängt man die Kleinen und läßt die Großen laufen.

Abg. Schiele (L.) wünscht ebenfalls eine stärkere Förderung der Arbeiten des Prüfungsausschusses. Der ganze Komplex der Lieferungen könne nicht nachgeführt werden.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) geht auf den Fall Kupfer ein. Die Gewinne sind durch eine strafbare Handlung erzielt, deshalb ist es zu verstehen, wenn sie zurückgehalten werden. Aber dann fällt das Geld an die Tochter der Frau Kupfer! Das kann man auch nicht mindern; das Reich müßte das Geld erhalten. — In den Detailgeschäften kosten heute Hemden 20 M., die früher 3 M. kosteten. Diese Preisen wegen die Marktlage aus, ein Beweis dafür, daß es falsch ist, die Ausnützung der Marktlage als auf keinen Fall unter dem Wucher fallend zu bezeichnen. Daß das Reichsgericht den Begriff der Gegenstände des täglichen Bedarfs sehr weit gezogen hat, ist sehr erfreulich.

Unterstaatssekretär Dr. Müller bezweifelt, daß man mit Bestimmungen den Wucher beseitigen kann, denn gerade an Bestimmungen fehlt es nicht. Beim Reichsversorgungsamt ist ein Kreuzbandbureau eingerichtet, das den Betrieb der Kriegsgeschäftsstellen überwacht. Dieses Bureau wirkt auch mit bei der Festlegung von Höchstpreisen. Der Wert der lokalen Preisprüfungsstellen darf nicht unterschätzt werden. Gegenwärtig werde die Frage geprüft, wie hoch die Vergütung für die Vermittlungstätigkeit des Handels sein darf. Dabei sei man darauf bedacht, den Kleinhandel besser zu stellen. Gegen die Wuchertreibe bei Holzversteigerungen sei eingeschritten worden; man dürfe dabei aber nicht übersehen, daß die Abfuhrkosten in der Tat erheblich gestiegen sind. Der Bekämpfung des Schleichhandels werde man fortgesetzt die größte Aufmerksamkeit zuwenden. Von einer Erhöhung der Erzeugerpreise könne man sich nichts versprechen, weil es immer Käufer gibt, die jeden Preis bezahlen.

Abg. Seyda (Pol.) fordert energische Bekämpfung des Wuchers und wendet sich ebenfalls gegen die Lohnrückerei gegenüber den polnischen Arbeitern.

Abg. Simon (N. S.) stellt fest, daß die Gewinne der Firma Heinemann weit umfangreicher waren.

Bei der Abstimmung werden die Anträge angenommen. Nächste Sitzung Mittwoch.

den Engländern hundertmal vorgerechnet, daß unser Reichstagswahlrecht demokratischer sei, als das ihre!

Während so das Reichstagswahlrecht dauernd in der öffentlichen Achtung stehe, ist das Dreiklassenwahlrecht tief gesunken. Kein gestürzt ist es in den tiefsten Abgrund der Verachtung. Selbst die Konservativen haben es preisgegeben. Selbst Blätter von Schlage der „Kreuzzeitung“ und des „Reichsboten“ haben nicht zu vertreten gewagt, daß künftig der Kriegswucherer in höherer Klasse als der Feldgrau wählt. Die Regierung hat das Dreiklassenwahlrecht der öffentlichen Schande preisgegeben, indem sie in feierlicher Kundgebung erklärte, daß für Klassenwahlrechte bei uns kein Raum mehr ist. So weit wir die Stimmen der Öffentlichkeit verfolgen konnten, — unter Tausenden hat sich auch nicht eine gefunden, die erklärt hätte: das Dreiklassenwahlrecht entspricht meiner Anschauung von Gerechtigkeit und öffentlicher Moral!

Dieses Wahlrecht, das niemandes Gerechtigkeitsempfinden entspricht, ist aber gleichwohl die Grundlage des jetzt noch amtierenden Abgeordnetenhauses. Eine künftige Grundlage hat niemals in der Weltgeschichte eine sich „Volkvertreter“ nennende Körperschaft gehabt. Denken zu müssen, daß man auf Grund eines Wahlrechts sein Mandat ausübt, von dem das ganze Volk in allen seinen Klassen nur noch spricht als von einer abgetanen, überwundenen Scham und Schande! Kann es etwas Demütigeres geben?

Der Reichstag kann sagen: Hinter mir stehen so und so viel Millionen Wähler. Das Abgeordnetenhaus kann nur sagen: hinter mir steht das Dreiklassenwahlrecht. Wer aber steht hinter dem Dreiklassenwahlrecht? — Antwort: niemand! Also ein Parlament hinter dem niemand und nicht steht, abgesehen von der allgemeinen Verurteilung der dreigestuften Erzeugungsmethode.

Was will also noch dieses Parlament mit nichts dahinter? Was bedeuten 443 Männer, gewählt auf Grund eines Wahlrechts, dessen Gerechtigkeit keiner ihrer Wähler mehr anerkennt, sie selber zum größten Teil nicht mehr anerkennen! Sie sind nicht mehr, sie sind weniger als 443 beliebige Wähler und Schutzes, die sich größtmögliche als die Vertretung des preussischen Volkes aufspielen, denn hinter ihnen steht nicht einmal ihr eigener guter Glaube. Was wollen sie dem feldgrauen Soldaten antworten, der sagt: „Als Ihr gewählt wurde, mußten neun Zehntel von denen, die jetzt im Schützengraben liegen, in der entrechteten dritten Klasse abstimmen!“

Ein solches Parlament kann nur eins tun: schleunigst mit Anstand seinen Abschied nehmen. Dem preussischen Dreiklassenhaus ist jetzt Gelegenheit gegeben, dies zu tun, indem es das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht annimmt und dann auseinandergeht. Verpßt es selbst diesen Abgang, dann gehört es verdienstermaßen mit Schimpf und Schande auseinandergejagt! Und dann für immer abgetan und begraben. Denn es ist ein Übel, ein Volk noch einmal nach einem Wahlsystem wählen zu lassen, dessen Ungerechtigkeit so groß ist, daß selbst ihre Kyniker sie nicht mehr öffentlich zu verteidigen wagen!

Ein Volk von 40 Millionen kann sich nicht von einem Phantom noch jahrelang terrorisieren lassen. Ein Phantom aber ist ein Parlament, über dessen Grundlage mit einer laien beispiellosen Einmütigkeit Volk und Regierung den Stab gebrochen haben. Die können 443 Mann sich beschwören, übergegangen worden zu sein, die sich entschuldigen müssen, daß sie überhaupt noch da sind!

Das jetzt zusammen tretende Abgeordnetenhaus hat keinen Rechtsgrund seines Weiterbestehens außer einem: den Fehler seines Ursprungs aus der Welt zu schaffen und dann, ohne weiteres Aufsehen zu erregen, auseinanderzugehen.

Der Sultan an den Papst.

Welle Zustimmung zur Friedensvermittlung.

Der Sultan hat, wie aus Konstantinopel vom 30. September gemeldet wird, an den Papst ein Handschreiben gerichtet. Der Sultan bekundet darin lebhaft seine Friedensliebe und führt an:

Unsere Regierung, so wie sie stets zu erklären den Mut hatte, kein unbedingtes Ziel verfolgt, weder auf politischem, noch auf wirtschaftlichem Gebiete. Wir sind gewonnen worden, für die Erhaltung der Ehre und Unabhängigkeit sowie der freien Entwicklung unseres Landes zu kämpfen. Dieses absolute berechtigete Ziel, das hauptsächlich in der Sicherung der Rechte unserer vollen und uneingeschränkten Souveränität über das ganze Gebiet unserer nationalen Grenzen besteht, ist es, das wir noch heute verfolgen.

Das Handschreiben weist dann auf die verschiedenen Schritte hin, die von Deutschland und seinen Verbündeten zur Wiederherstellung des Friedens unternommen worden sind, und spricht sich im Sinne der Papstnote für die Vermittlung der internationalen Gerechtigkeit und für Verhandlungen zum Zweck der Abrüstung aus. Weiter sagt er wörtlich:

Eben diese Verhandlungen müßten, wie Eure Heiligkeit sagen, auf billige Weise die Frage der Freiheit der hohen See, die gemeinschaftliches Gut aller Völker ist, regeln und endgültig für die Zukunft Vorberichtsangelegenheiten beilegen. Der Vorschlag Eurer Heiligkeit, internationale Streitigkeiten einem obligatorischen Schiedsgericht zu unterbreiten, erschien uns gleichfalls von höchster Bedeutung. Heberzeugt von der Größe dieses Gedankens und von den wohlwollenden Ergebnissen, die seine Durchführung mit sich bringen könnte, sößten wir nicht einen Augenblick, zu erklären, daß wir bereit sind, gelegentlich der Friedensverhandlungen die Mittel zu eröffnen, wie internationale Konflikte beigelegt werden, wobei wir den Garantien Rechnung tragen wollen, die sich auf die souveräne Existenz und die freie Entwicklung der Völker beziehen. So meinen wir, daß die Vorschläge Eurer Heiligkeit eine feste Grundlage dafür enthalten, den gegenwärtigen Konflikt beigelegen, und einen allgemeinen und dauernden Frieden herbeizuführen. Wir sind auch überzeugt, daß, wenn unsere Gegner von heute den den gleichen Gedanken und solchen Versöhnen befehlen, die mit unserem oder gemeinsamen berechtigten Ziele vereinbar sind, der Einleitung von Friedensverhandlungen, wie Eure Heiligkeit es in dem Geheime Ihres Berzends wünschen, nichts im Wege stünde.

Kabinettsrücktritt in Schweden.

Stockholm, 2. Oktober. Das Ministerium hat sein Abschiedsgesuch eingereicht. Der König hat die Minister aufgefordert, vorläufig im Amt zu verbleiben, bis das Gesuch geprüft ist.

Die Beratungen der Demokratischen Konferenz.

Petersburg, 2. Oktober. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) In der gestrigen Nachmittagsitzung der Demokratischen Konferenz sprachen sich die Vertreter der verschiedenen Organisationen zum Teil für, zum Teil gegen eine Koalition mit den bürgerlichen Kreisen aus und legten die Wünsche der Versammlungen, die sie vertreten, dar.

Turkestan und die vorläufige Regierung. Aufruhr in Taschkent.

Die Petersburger Telegr.-Agentur meldet am Montag: Nach einem Telegramm aus Taschkent hat eine Gruppe politischer Agitatoren sich nach dem Verlassen einer Versammlung als revolutionäres Komitee proklamiert, sich der Gewalt über die Stadt bemächtigt, zwei in der Stadt liegende Regimenter auf ihre Seite gezogen und erklärt, die vorläufige Regierung nicht mehr anzuerkennen. Die muslimanische Bevölkerung billigte dieses Vorgehen nicht und ist bereit, ihm Widerstand entgegenzusetzen; sie wird dabei von den Schülern der Militärschule unterstützt, welche die Festung Taschkent besetzt haben. Alles dies macht den Ausbruch blutiger Kämpfe wahrscheinlich. Ein telegraphisch abgeschicktes Ultimatum der vorläufigen Regierung, das Unterwerfung forderte, wurde von den Rebellen zurückgewiesen. Heute abend hat die vorläufige Regierung eine Erklärung veröffentlicht, in der sie mitteilt, daß sie den Kommandanten der Truppen des Bezirks Kasan-Sowobodnikow zum General-Kommissar von Turkestan ernannt und genügende Truppen zu seiner Verfügung gestellt habe, um die Unruhen mit Gewalt zu unterdrücken.

Taschkent ist der wichtigste Stützpunkt im russischen Zentralasien, in wirtschaftlicher wie politischer Beziehung. Es stellt die vorgeschobene Pforte des europäischen Rußlands dar. Von hier aus werden die übrigen Gebiete und Märkte Zentralasiens wirksam beherrscht. Indien, Afghanistan, Persien sind auf Taschkent angewiesen. Der Aufruhr, der sich, wie die Meldung besagt, auf militärische Hilfe stützen kann, darf auf ungewöhnliches Interesse Anspruch machen, besonders im gegenwärtigen Augenblick.

Die amerikanische Kriegsteuerbill angenommen.

Washington, 1. Oktober. Reuter. Das Repräsentantenhaus nahm ohne Abstimmung die Kriegsteuerbill zur Erhebung von Steuern im Betrage von 2575 Millionen Dollar an. England erhielt einen neuen Kredit von 50 Millionen Dollar.

Der deutsche Angriff am Polygonwalde.

Berlin, 2. Oktober. Während des Vormittags lag auf der ganzen Nordfront Feuer wachsender Stärke, das besonders gegen unsere Stellungsbogen um Ipern lebhaft war. In der Gegend von Zonnebeke steigerte es sich zeitweise zum Trommelfeuer. Am Nachmittag lebte auch an der Küste das Feuer auf. Gleichzeitig wurde der Beschuss unserer Stellungen am Douth-

oußer-Walde stärker. Von 3 Uhr nachmittags an steigerte sich das Feuer von Zonnebeke bis Hallebeke mehrfach zu kurz andauerndem Trommelfeuer. Feindliche Vorstöße bei Zonnebeke und Rollesbroekhof wurden abgewiesen. 5 Uhr nachmittags, 9 Uhr abends und 11 Uhr 30 abends setzte der Feind gegen unsere im frühen Ansturm neuorganisierte Linie am Polygonwalde heftige Gegenangriffe an, die sämtlich blutig abgewiesen wurden. Gegen Abend unternahm der Gegner erfolglose Fliegerangriffe auf Ipern und die Schützen von Zeebrugge. Eigene Bombengeschwader besetzten Unterlünke und militärische Anlagen in Boulogne und Hazebrouck. Voperingische und Dünkirchen mit beobachtetem guten Erfolge. Die Nacht über hielt das lebhafteste Feuer an der Küste an. Auch zwischen Langsmard und Zandvoerde dauerte es in großer Stärke an und nahm am frühen Morgen an Festigkeit zu.

An der Arrasfront war das Feuer nur stellenweise lebhaft. Ein eigenes Patrouillenunternehmen südlich der Scarpe brachte uns Gefangene ein. Feindlichem Bombenabwurf auf Valenciennes fielen wiederum mehrere Zivilisten zum Opfer. An der Aisnefront hielt an der Laffaugede das lebhafteste Feuer nach wie vor an und steigerte sich auch am 2. in dem Maße gegen Abend zeitweise zu großer Festigkeit.

Englischer Heeresbericht vom 1. Oktober nachmittags. Heute morgen unternahm der Feind einen mächtigen Angriff auf einer Front von mehr als einer Meile gegen unsere neuen Stellungen nördlich der Straße Ipern—Winnin und östlich des Polygonwaldes. Die deutsche Infanterie, die in drei Wellen vorging, erlitt durch unsere Infanterie- und Artilleriefire schwere Verluste und wurde in Unordnung zurückgetrieben. Unsere Truppen folgten dem zurückweichenden Feinde auf dem Fuße und machten fünf Gefangene. Im Laufe der nächsten drei Stunden erneuerte der Feind zweimal seine Angriffe mit starken Kräften an derselben Front. Es entspann sich ein heftiger Kampf und der Feind wurde wiederum an allen Punkten mit Ausnahme des der südöstlichen Ecke des Polygonwaldes gegenüberliegenden zurückgeschoben. Hier gelang es dem Feinde, zwei unserer vorgeschobenen Posten zu besetzen. Die feindlichen Artillerie hat während des Tages sich in der Umgegend von Bullecourt und südlich und nördlich von Zonnebeke gesammelt.

Die Zahl der im September d. J. von uns gemachten deutschen Gefangenen beträgt 3265 mit Einschluß von 148 Offizieren. In dem gleichen Monat erbeuteten wir auch ein Geschütz, darunter drei schwere, 67 Grabenmörser und 377 Maschinengewehre.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 1. Oktober. Neue U-Boot-Erfolge im Sperrgebiet um England:

21 000 Br.-Reg.-Tonnen.

Bau den versenkten Schiffen wurden drei große Dampfer aus stark gesichertem Geleitzug heraufgehoben.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Die „Vogelshüter“ aus Amsterdam erlährt, versuchen die Engländer, die Kohlenzufuhr nach Schweden aus Rotterdam zu unterbinden. Im Laufe von 14 Tagen wurden nicht weniger als fünf schwedische Kohlenkisten, die sich auf der Heimreise aus Holland befanden, von den Engländern aufgebrocht und nach Graveland gekülvrt. Auch ein Dampfer, der von Schweden nach Holland fuhr, wird vernichtet und dürfte das gleiche Schicksal erleiden haben.

Groß-Berlin

Herbst im Botanischen Garten.

Zwei Straßenbahnlinien, K und J, führen jetzt zum Haupteingang des Gartens. Den Eintretenden begrüßen auf der rechten Seite in bunter Folge bunte Beete, auf denen die milde Herbstsonne Chrysanthemem, Fimien, Löwenmaul und andere Stierpflanzen zu üppigster Entfaltung gebracht hat.

Im übrigen Teile des Gartens haben die Blüten stark abgenommen. Aber sie fehlen keineswegs, und so manche besonders schöne Blütenform fesselt uns oft genug. Sonst sind es diese Früchte, die sich dem Auge aufdrängen. Rote Hagebutten, rote Ebereschensbeeren, rote Beeren in den Lagereibüscheln, rote, große Kelche der Judenkirche.

Nach hastet viel Laub an den Bäumen des Gartens, nach ändert er von Tag zu Tag sein reizvolles Bild, das die Herbstsonne verklärt. Bis der Winter es stürzt, sei es dem Besuche empfohlen.

Zur Wahl des Zweigvereinsdirektors.

Die Vollversammlung des Zweigvereins Groß-Berlin trat gestern zu einer Sitzung zusammen, um über die Wahl eines Vereinsdirektors zu beraten. Da die Amtsdauer für den bisherigen Direktor Dr. Steiniger zum 1. April 1918 abläuft, so will man sich bei dieser auf die Suche nach einem Nachfolger begeben.

Unser Obstmarkt.

Sehr erfreulich ist gegenwärtig die starke Beschädigung des Obstmarktes. Ohne Ausnahme dürfen wir behaupten, daß besonders an Äpfeln eine starke Zufuhr vorhanden ist, auch Birnen ziemlich reichlich zur Abgabe gelangen. Allerdings wird sehr übel empfunden, daß Pflanzen, auf deren Ernte die Hausfrau sehr wartete, nicht zu haben sind.

Freigabe des Kohlenabfalls von den Landverkaufsstellen.

Vor einigen Monaten hat der Reichskommissar für die Kohlenverteilung im Interesse der besseren Versorgung der von den Erzeugungsorten weiter abgelegenen Verbrauchsstellen erhebliche Einschränkungen des fuhrtenweises Verkaufs (Landabfalls) auf den Erzeugungsorten verfügt. Nachdem nunmehr infolge des kürzeren Verlaufs von Kohlen, Äpfeln usw. eine Verminderung des Kohlenabfalls mit der Eisenbahn notwendig wird, hat der Reichskommissar diese Einschränkungen bis auf weiteres außer Kraft gesetzt.

Die Säuglingssterblichkeit in Berlin.

Die Säuglingssterblichkeit ist in Berlin in diesem Jahre ungewöhnlich hoch. Zwar bleibt die Häufigkeit der Säug-

lingssterbefälle unter denjenigen, die wir in den letzten Jahren hatten. Aber das erklärt sich aus dem außerordentlichen Geburtenrückgang, den der Krieg uns gebracht hat.

Seit dem Herbst vorigen Jahres berechnet das Berliner Statistische Amt die Sterbeziffer der Säuglinge in der Weise, daß für jeden Monat die aufs Jahr erhöhte Zahl seiner Säuglingssterbefälle mit der Gesamtzahl der je in den letzten zwölf Monaten lebendgeborenen Kinder verglichen wird.

Durch die Sommermonate Juli und August, für die das Berechnungsergebnis noch nicht vorliegt, muß sich das Verhältnis zwischen diesem und dem vorigen Jahre noch ungünstiger gestalten haben. Besonders Juli und August haben diesmal eine auffällige Mehrung und Häufung der Säuglingssterbefälle gebracht.

Man wird die bedauerliche Erhöhung der Säuglingssterblichkeit aus mehreren Ursachen zu erklären haben. Zu prüfen wäre, wie weit dabei die Verschlechterung der Milch mitspricht. Doch eine stärkere Mischkontrolle zu empfehlen ist, sollte nach der in den Sommermonaten aufgetretenen starken Häufung der Säuglingssterbefälle auch der Gesundheits-Groß-Berlin einleuchten.

Warnung für Hilfsdienstpflichtige.

Zu 30 M. Geldstrafe eventuell für je 5 M. Geldstrafe je einen Tag Gefängnis wurde vom Schöffengericht Charlottenburg ein Hilfsdienstpflichtiger verurteilt, welcher die ihm nach auswärts überwiesene Arbeit nicht übernommen hatte, weil ihm Lohn- und Wohnungsverhältnisse nicht zusagten.

Die genaue Befolgung der ergangenen Meldevorschriften ist ebenfalls streng zu beachten. Binnen drei Tagen muß jeder Arbeitswechsel und Umzug dem Einberufungsamt, Potsdamer Straße 22, gemeldet werden und zwar auf den amtlich vorgelegten und vorgezeichneten roten Karten, welche bei den Postanstalten, Polizeirevier, Orts- und Gemeindevorständen erhältlich sind; andere Karten sind unzulässig.

Die Berliner Tischler-Schule (Städtische höhere Fachschule), Hauptabteilung Strahmannstr. 6, hat zum Gegenstand des Unterrichts: Kunstschneiderei, Materialkunde, Chemie, Buchführung, Fachzeichnen, Stillehre, Antarsienzeichnen,quarellieren und Pflanzenzeichnen, Baukunst, Innendekoration usw. Abteilungen, welche Kurse im Fachzeichnen und andere nach Bedürfnis enthalten: O. Langner, 31, Direktor GutsMuth; SW, Wartenburgstr. 6, Dirigent Rehe; N, Rabenstraße 12, Dirigent Kaul; O, Strahmannstr. 6, Direktor GutsMuth.

Wieder ein Milchmischer verhaftet. Der Kaiser Ernst Mater, Berlin, Schönwalder Straße 1, der einen Wagen der Volke-Artien-Gesellschaft fährt, verkaufte an die Tischlerin Ida Bartel, Berlin, Wilhelmshager Straße 52, 20 Liter Rahm Milch ohne Milchfett. Die Milch hatte er veruntreut. Mater wurde von Beamten des Kriegswachtrabtes festgenommen und wird sich, wie Frau Bartel, vor dem Strafgericht zu verantworten haben.

Wegen Kindesmordes verhaftet wurde der 39 Jahre alte Arbeiter Franz Ridel aus der Sorauer Straße. Ridel ist in Chemnitz verheiratet, verließ aber seine Familie, kam nach Berlin, insipie hier ein Verhältnis mit einer Arbeiterin K. an und wohnte mit ihr zusammen in der Sorauer Straße. Aus dem Verhältnis ging ein Kind hervor, ein jetzt 2 Monate altes Töchterchen Elise. Frau Ridel kam öfter nach Berlin, um ihren Mann zu bewegen, wieder nach Chemnitz zurückzukehren. Er erklärte jedoch, er könne jetzt mit Rücksicht auf das Kind seine Geliebte nicht lassen.

Vermisstes Berliner Ferienkind. Seit dem 20. September wird die sechsjährige Edith Jens aus der Sophie-Charlotten-Str. 111 vermisst. Das Mädchen war während der Sommermonate mit anderen Kindern bei Landwirten im Kreise Rummelsburg in der Provinz Pommern untergebracht und hat von dort gemeinsam mit den übrigen Großberliner Ferienkindern die Rückreise angetreten. In der Wohnung ihrer Pflegeeltern ist die J. aber nicht eingetroffen und alle Nachforschungen nach ihrem Verbleib sind bisher vergeblich geblieben.

Die Boden-Ausstellung im Kaiserin-Friedrich-Haus, Luisenplatz 2-4, ist jetzt nachmittags 2-7 und Sonntags 10-2 Uhr unentgeltlich geöffnet.

Rechtsfälle. Die Betriebszeit des Stadtbades ist für das Winterhalbjahr 1917/18 wie folgt festgelegt worden: In den Tagen von Montag bis Freitag auf 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, an den Sonnabenden von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, und an den Sonntagen von 8 Uhr morgens bis 12 Uhr mittags.

Lebensmittel. Vom Freitag, den 5. Oktober, bis Mittwoch, den 18. Oktober, dürfen in denjenigen Geschäften, in welchen die Anmeldung zum Bezuge von Kolonialwaren erfolgt ist, auf Abschnitt 81 der Lebensmittelkarte 125 Gramm Magerfleisch entnommen werden. Der Verkaufspreis beträgt für 500 Gramm Magerfleisch 44 Pf.

Wilmerdorf. Kartoffelverförmung für den Winter. Auch Wilmerdorf wird aus Rücksicht auf die sich ergebenden Unzulänglichkeiten von einer Kartoffelverförmung der Haushaltungen für einen längeren Zeitraum im kommenden Winter Abstand nehmen, dagegen alles daran legen, um den Bedarf der Bevölkerung für die Frostzeit durch Ansammlung von Vorräten in den städtischen Lagerstellen und bei den Kleinhändlern sicherzustellen.

Weißensee. Feuerungszulage. Außer den schon gewährten Kriegszulagen wurde vom 1. Juli ab den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Gemeinde eine besondere Kriegsteuerzulage bewilligt. Es sollen erhalten die unteren Beamten eine jährliche Zulage von 300 M., die mittleren Beamten 540 M. und die höheren Beamten 720 M.

Friedrichshagen. In der letzten Gemeindevorstandssitzung wurde eine Vermehrung der Schöffen und Gemeindevorsteher beschlossen. Bisher bestand die Vertretung aus dem Gemeindevorsteher, vier Schöffen und 15 Gemeindevorsteher. Nach dem neuen Ortsstatut wird sich die Vertretung aus dem Vorsteher, 6 Schöffen und 21 Vertretern zusammensetzen.

Ein Prozeß gegen den König von Preußen. Heute wird vor dem Geheimen Justizrat am Königl. Kammergericht als Gericht erster Instanz die Anfechtungsklage des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen (Sohn) gegen die über ihn durch den Kammergerichtspräsident Schröder unter dem 21. Juni 1917 ausgesprochene Entmündigung wegen Verschwendung verhandelt werden.

Berichtszeitung.

Die Anfechtungsklage geht davon aus, daß durch königliche Verordnung weder ein besonderes Entmündigungsgericht abweichend vom Gesetze bestimmt, noch die Zuständigkeit des Reichsgerichts als Revisionsinstanz ausgeschlossen worden. Die Anfechtungsklage geht davon aus, daß durch königliche Verordnung weder ein besonderes Entmündigungsgericht abweichend vom Gesetze bestimmt, noch die Zuständigkeit des Reichsgerichts als Revisionsinstanz ausgeschlossen worden.

Der räuberische Heberfall, der am 28. April d. J. gegen den Zigarrenhändler Bogdan Ruzabala, einen türkischen Staatsangehörigen, in dessen Geschäftsräumen, Petersburger Straße 62, ausgeführt worden ist, hat ein gerichtliches Nachspiel vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Unter der Anklage des schweren Raubes standen der Schneider Emil Reinhold, der Eisendreher Otto Renzei und der Handlungsgehilfe Eugen

Schweizer Brief.

Bevor man — eben dem politischen Getriebe entronnen — hier in der Schweiz wieder von seinen Kreisen umfassen wird...

Die Städte der Nordschweiz tragen alle ein klein wenig patri- archalisches Gewand. Aber ihre Lage ist viel zu schön, als daß dies einen Eintrag an der Sympathie tun könnte...

Das Zürcher Leben ist reichlich international gelitten und in der Bahngasse begegnet man erstaunend seinen alten Berliner und Pariser Freunden...

Ein ganz anderes Bild, wenn hinter dem auf hohem Berge thronenden Romont sich die Eisenbahn zwischen satirischen Hügeln verliert...

Die welsche Nachtigall.

Der Roman eines sterbenden Jahrhunderts.

1) Von R. Francé.

Die Dämmerstunde breitete ihren Schleier über das wunderliche Häusergewirr der alten Stadt...

Unten aber lag schon Nacht und vorsorgliche Wanderer hielten inne, schlugen bedächtig Feuer und setzten ihr Vaterchen in Brand...

Trotzdem waren die Straßen nicht leer, ja vor dem schlicht vornehmen Wohnhause, das schräg gegen den Paradeplatz blickt...

„Der Quarllbräuer selig, manni der g'wucht hätt', daß bei ihm hoffärtige Demoiselles absteigen werden...“

„Sind nicht abgestiegen, Hügelbäder,“ berichtigte ihn mit besserer Stimme einer der Käufer...

einen seiner größten Dichter verdankt: Romain Rolland. Jenes Land, wo einst die Troubadoure ihre Minnelieder sangen...

An einem sonnenstrahlenden Tag bringt mich der Dampfer nach Montreux. Die Fahrt geht am Nordufer entlang...

Das kleine Boot gleitet hinaus auf den See. Auf einen Baum zu, der etwas vorragt auf dem jenseitigen Ufer...

Und wie ein kleines Eiland da, Das lächelt mir ins Antlitz so, Sich einzig schauen lieh.

Das Schiffehen kauft zu einer Steintreppe, die ein An- legen ermöglicht.

Alle de Paix. Mein Boot. Nur hin und wieder schlägt eine größere Welle plansehend an die Mauern...

Winte für Gasersparnis.

Der einfachste Weg ist natürlich, möglichst selten Gas zu be- nutzen; doch ebenso wichtig ist es, jeden überflüssigen Gasverbrauch...

Ganz besonders geschieht dies bei der Beleuchtung. Nur die Wenigsten wissen, daß jedes zu weite Öffnen der Gashöhne Gas- verschwendung infolge zu starken Drucks des ausströmenden Gases bedeutet...

Enger rückt die Gruppe zusammen und flugs hoben sich fünf Köpfe hoch, als sich nun ein Schatten an einem der Fenster zeigte...

„Woher der Herr Exstudiosus nur immer die Stadtglocken läuten hört, früher als die anderen...“

„Woher der Herr Exstudiosus nur immer die Stadtglocken läuten hört, früher als die anderen...“

Der Angeredete hob bei dem Ausbruch Exstudiosus rasch den Kopf und fuhr mit einem Wortschwall dem Alten in die Rede:

„Weiß ich aus bester Quelle und noch viel mehr, zu dienen, Herr Kanzleischreiber in substituto, Elisabeth von Dury heißt die Madame, und aus Paris ist sie nach München gekommen...“

„Loh er die Katzgerien, Michalansky, vornehmlich um höchsthero allerhöchste Personen, sonst möchte es ihm für- kommen, daß man ihm aufs Maul klopf, imprudent.“

Die Bürger überließ es förmlich kalt bei diesem Zu- sammenstoß des Fürstlichen mit der regierenden Macht...

„Und wenn ich auch Vieles nicht sag' Best, so weiß ich doch mehr als ihr. Salve.“

Und damit hob er nach Studentenart den Arm zu klassischem Gruß und schritt zwischen den Zähnen pfeifend davon...

nötigen Grad des Gasdrucks. Bekanntlich verringert sich die Leuchtstärke der Gashöhnen mit der Zeit, und dagegen hilft auch noch so starker Gaszustuß nicht...

Für das Kochen mit Gas gilt die gleiche Regel. Auch da muß durch richtiges Einstellen der Gähne an Brennern, wie an Schälchen der Druck reguliert werden...

Niemals unterlasse man, auf Töpfe mit lochenden Speisen ein Gefäß mit Wasser zu stellen, wodurch man viel Abwärmwasser ohne besonderen Gasverbrauch ersparen kann...

Als allgemein bekannt darf vorausgesetzt werden, daß die Gas- flamme beim Kochen niemals größer sein soll als der Topfboden.

Werden neben der Einschränkung der Gasbenutzung, durch Kochflüssigkeit u. a., auch diese Punkte befolgt, wie während des Brennens Gas gespart werden kann...

Notizen.

— Unser neuer Roman stammt aus der Feder R. G. Francés, der sich nicht nur als Naturwissenschaftler, sondern auch als Erzähler zahlreiche Leser erworben hat...

Die Handlung läßt tief hineinblicken in den verrotteten Mechanismus des Vollzeitsystems der vorwärtlichen deutschen Kleinrentner und in sein Widerpiel...

Es handelt sich im Besonderen hier um einen studentischen Hinein- des „Illuminatenordens“, der ursprünglich ein Gegenstück der Frei- mauer sein sollte...

Von diesem überaus bunten Hintergrund phantastischer Wirk- lichkeiten heben sich die erregenden Schicksale der Idealisten ab, die sich, jeder nach seiner Art, als Vorläufer der damals geborenen neuen Zeit fühlten...

— Gelehrtenvorträge in der Urania werden auch in diesem Winter gehalten werden. Für die erste Vortragreihe, die am 24. Oktober beginnt, haben ihre Mitwirkung angelehnt: Professor Euden (Gené), „Deutschlands Leistung für die geistige Befreiung der Menschheit“...

— Volkshäuser als Kriegedenkmäler zu errichten, dieser Gedanke wurde auf einer vom Rhein-Mainischen Verband für Volksbildung“ abgehaltenen Kriegskademie angeregt.

— Das ukrainische Nationaltheater. Die ukra- inische Rada hat das Kiev-er Volkshaus gemietet, wo in der kommenden Winterferien die bedeutendsten Dramen und Komödien der ukrainischen Literatur zur Aufführung gelangen werden.

den alten Polizisten, der vergeblich danach rang, ein be- sonders würdiges Gesicht zu machen, nun als Zielscheibe seiner üblen Laune zu dienen.

Nach kurzem Gruß kehrte alles dem Platz den Rücken, der jetzt menschenleer und still dalag.

Die Wasser rauschten lauter auf im Dunkel der Nacht — in den Pappeln am Schloßplatz ging sachte der Abendwind und geräuschlos wie schlaftrunken lag die Stadt.

Da trippelte es mit leisem Schritt gedämpft auf hohen Holzabgängen durch die Straße. Ein tiefberhäubtes Persönchen huschte zum Tor des Hauses, in dem die fremde Sängerin wohnte...

Sie wollte suchen an der Türe des Nebengemaches an- klopfen, da wurde diese auch schon aufgerissen und Madelaine stand vor ihrer Herrin.

Elisabeth von Dury war eine jener Schönheiten, die noch im Alter fesseln. Schlank und dennoch lüppig war sie noch immer, auch die Augen hatten noch nichts von ihrem dunklen Edel- steinglanz verloren...

„Hat sie fürsichtlich recherchiert, Laine, il ya beaucoup de monde... on nous observe troy (es sind viele Leute... man beobachtet uns scharf)...

„Der Herr Graf läßt sagen, er hat... sie haben die Ehre, diese Blumen zu schenken,“ murmelte er.

Laine, ich habe Silberhell und stecke ihr Mädchen in die herrlichen Zentifollen. (Fortf. folgt.)

Friedensrede des Grafen Czernin.

Budapest, 2. Oktober. Zu Ehren des Ministers des Äußern Graf Czernin gab Ministerpräsident Bekerse ein Mahl. Hierbei hielt Graf Czernin eine längere Rede, in der er u. a. ausführte:

Die Millionen, die kämpfen, müssen wissen, warum und wofür sie kämpfen, sie haben ein Recht darauf, zu erfahren, warum der Friede, den die ganze Welt erwünscht, noch nicht eingetreten ist. Als ich auf meinem Posten gestellt wurde, habe ich die erste Gelegenheit benützt, um offen zu erklären, daß wir keine Vergewaltigungen begehen wollen, daß wir aber auch keine solche erdulden werden und bereit sind, in Friedensverhandlungen einzutreten, sobald unsere Feinde diesen Standpunkt eines Verständigungsfriedens annehmen.

In großen Anzügen ist unser Programm des Wiederaufbaues der Weltordnung, das richtiger als der

Aufbau einer neuen Weltordnung

zu bezeichnen wäre, in unserer Antwort auf die Friedensnote des Heiligen Vaters niedergelegt. Der Minister widerlegte die Auffassung, daß Österreich-Ungarn ein sterbender Staat sei und fuhr fort:

Mit dem Augenblicke aber, in welchem dieser Beweis (nämlich von Österreichs Lebenskraft) erbracht worden ist, sind wir in der Lage, gleichzeitig mit unseren Gegnern die Waffen abzugeben und unsere einseitigen Streitigkeiten schiedsgerichtlich und friedlich zu regeln. Diese neue Erkenntnis, die sich in der Welt durchgerungen hat, bietet uns die Möglichkeit, den Abwärtstendenzen und Schiedsgerichtsgedanken nicht nur anzunehmen, sondern, wie Sie, meine Herren, wissen, schon seit geraumer Zeit für deren Verwirklichung mit allen Kräften einzutreten.

Europa muß zweifellos nach diesem Kriege auf eine neue internationale Rechtsbasis gestellt werden, welche Garantien der Dauerhaftigkeit bietet. Diese Rechtsbasis muß, wie ich glaube, im Wesen vierfacher Art sein:

1. muß sie die Sicherheit bieten, daß es keinen Revanchekrieg und zwar von keiner Seite mehr geben kann. Der Krieg als Mittel der Politik muß bekämpft werden. Auf internationaler Basis unter internationaler Kontrolle muß eine allgemeine, gleichmäßige zufführende Abfertigung aller Staaten der Welt erfolgen und die Beherrschung auf das unumgängliche Notwendige beschränkt werden. Ich weiß sehr wohl, daß dieses Ziel ungemein schwer zu erreichen ist, und daß der Weg, der dahin führt, voll Schwierigkeiten, lang und hornenvoll ist. Und dennoch bin ich fest überzeugt, daß er gegangen werden muß, und daß er gegangen werden wird.

Nach diesem Kriege wären bei freier Rüstungskonkurrenz die Kosten für alle Staaten einfach unentzählbar. Dieser Krieg hat gelehrt, daß mit dem Verfall der früheren Rüstungen gerechnet werden muß. Am nach diesem Kriege bei freier Rüstungskonkurrenz auf der Höhe zu bleiben, müßten die Staaten alles verzehnfachen; sie müßten zehnmal soviel Artillerie, Munitionsfabriken, Schiffe und Unterseeboote als vorher und auch ungleich mehr Soldaten haben, um diesen Apparat spielen lassen zu können — das jährliche militärische Budget aller Großstaaten müßte mehrere Milliarden umfassen — das ist eine Unmöglichkeit. Aus diesem Grund gibt es nur einen einzigen Ausweg.

Die internationale vollständige Weltabrüstung.

Ein jeder Staat wird etwas von seiner Selbständigkeit aufgeben müssen, um den Weltfrieden zu sichern. Das zweite Prinzip ist das der Freiheit des hohen Meeres und der Abfertigung zur See. Ich behne den Gedanken nicht auf die Meerengen aus und ich gebe gern zu, daß für die verbindenden Seestrecken besondere Vorschriften und Regeln werden gelte müssen. Sind diese zwei ersten, soeben angeführten Momente hergestellt und gesichert, dann entfällt auch jeder Grund für territoriale Sicherungen und dies ist das dritte Grundprinzip der neuen internationalen Rechtsbasis. Wenn die internationale Abrüstung, die wir von ganzem Herzen ersehnen, zur Tatsache

wird, brauchen wir keine territoriale Sicherungen; in diesem Falle können wir auf Vergroßerungen der österreichisch-ungarischen Monarchie verzichten, vorausgesetzt natürlich, daß auch der Feind unser eigenes Gebiet völlig geräumt hat.

Der vierte Grundsatz, der eingehalten werden muß, um nach dieser bösen Zeit eine freie, friedliche Entwicklung der Welt zu verbürgen, ist die freie wirtschaftliche Betätigung aller und die unbedingte Vermeidung eines zukünftigen Wirtschaftskrieges. Ein Wirtschaftskrieg muß unbedingt aus jeder Zukunftscombination ausgeschlossen werden. Wir müssen, bevor wir einen Frieden schließen, die positive Sicherheit haben, daß unsere heutigen Gegner diesem Gedanken entsagt haben.

Auch Deutschland hat sich in seiner Antwort auf die Papstnote nachdrücklich zu der Idee der allgemeinen Abrüstung bekannt und auch unsere heutigen Gegner haben sich diese Prinzipien wenigstens zum Teile schon zu eigen gemacht. Ich bin in den meisten Punkten anderer Ansicht als Herr Lloyd George, aber darin, daß es keinen Revanchekrieg mehr geben sollte, darin finden wir uns.

Die Frage der Entschädigungen.

welche die Entente immer wieder aufwirft, gewinnt einen merkwürdigen Charakter, wenn man die Verwundungen bedenkt, welche ihre Armeen in Galizien, der Bukowina, Tirol, am Isonzo, in Ostpreußen, in den türkischen Gebieten und den deutschen Kolonien angerichtet haben. Hat die Entente ihrerseits die Absicht, uns für alles das schadlos zu halten, oder irrt sie so vollkommen in der Beurteilung unserer Absicht, daß sie eine einseitige Vergütung erhofft. Fast könnte ich letzteres glauben, nach manchen Reden zu schließen, die wir gehört haben.

Wir suchen unsere Stärke nicht in großen Worten; wir suchen und finden sie in der Kraft unserer glorreichen Armeen, in der Festigkeit unserer Bündnisse, in der Standhaftigkeit unseres Vaterlandes und in der Vernunft unserer Kriegsziele; und weil wir keine Utopien fordern und weil ein jeder Bürger der Monarchie, ob im Felde oder daheim, weiß, wofür er kämpft, deshalb sind wir auch sicher, unser Ziel zu erreichen. Wenn unsere Feinde uns zwingen, den Krieg fortzusetzen, dann werden wir gezwungen sein, unser Programm zu revidieren und unsere Feinde einen Erfolg zu verlangen. Ich spreche für den jetzigen Augenblick, weil ich die Heberzeugung habe, daß jetzt auf der entwickelten Basis der Weltfrieden zustande kommen könnte, — bei Fortsetzung des Krieges aber behalten wir uns freie Hand vor. Ich bin festest davon überzeugt, daß wir in einem Jahre noch unvergleichlich günstiger dastehen werden als heute, aber ich würde es für ein Verbrechen halten, wegen irgendwelcher materieller oder territorialer Vorteile diesen Krieg auch nur einen Tag länger fortzuführen, als es die Integrität der Monarchie und die Sicherheit der Zukunft erfordert.

Aus diesem Grunde allein bin ich für einen Verständigungsfrieden gewesen und bin noch heute für denselben; wenn aber unsere Feinde nicht hören wollen, wenn sie uns zwingen, dieses Vorgehen fortzusetzen, dann behalten wir uns die Revision unseres Programms und die Freiheit unserer Bedingungen vor.

Ich bin

nicht sehr optimistisch

betrifft die Geneigtheit der Entente, jetzt einen Verständigungsfrieden auf obiger Basis zu schließen. Die erdrückende Majorität der ganzen Welt will diesen unseren Verständigungsfrieden, aber einige Wenige verhin dern ihn. Mit kaltem Blute und ruhigen Verstand werden wir in diesem Falle unseren Weg weiter gehen. Wir wissen, daß wir durchhalten können, durchhalten im Felde und durchhalten im Hinterlande. Wir waren niemals klein in den vergangenen schweren Stunden und niemals übermütig im Siege. Unsere Stunde wird kommen und mit ihr die sichere Gewähr einer freien friedlichen Entwicklung Österreich-Ungarns.

Wie das Volk denkt.

Ein Geständnis der „Kölnischen Volkszeitung“.

Die „Kölnische Volkszeitung“ tritt trotz der wiederholten Kundgebungen der berufenen Vertreter der Zentrumspar tei nach wie vor für den Eroberungsfrieden und gegen die Friedensfundgebung der Reichstagsmehrheit ein. Sie fällt zu diesem Zweck den klaren Sinn des Reichstagsbeschlusses für ihre Absichten ein. In einem Artikel ihres Berliner Vertreters Dr. Eisele geht sie soweit, zu schreiben, nicht in den Reden der Mitdeutschern liege zurzeit „die eigentliche Gefahr für unser Vaterland und einen glücklichen Ausgang des Krieges“; alle Vaterlandsfreunde müßten „beforgter sein wegen der verheerenden sozialdemokratischen Verzichtsfriedensagitation, als wegen bedauerlicher Entgleisungen allduischer Agitatoren“. Bisher hat die „Köln. Volksztg.“ stets behauptet, hinter den Annexionspolitikern, hinter den Verantwortlichen des Schmerzfriedens stehe die Mehrheit des Volkes; jetzt aber liest man in dem Artikel („Köln. V.“ Nr. 735):

„Man fahre einmal auf deutschen Bahnen, man höre sich einmal in den Lokalen der Großstädte um, wo auch unsere Soldaten, welche aus dem Felde kommen, oder die binandergelassen, verkehren. Man hört dort vielfach Worte und Sätze aus dem sozialdemokratischen Vortrage, aus der sozialdemokratischen Presse und Agitation wieder, die wahrlich eine große Gefahr für den Willen zum Durchhalten, für die Einheit und Einheit in der Armee und hinter der Front, für den Willen zum Siege und Durchhalten bilden. In all diesen Schlagworten der sozialdemokratischen Presse steht wieder, daß der Krieg „nur noch für die Großen“ geführt werde, daß diejenigen, welche unsern Vaterland einen ehrenvollen, die Zukunftsentwicklung sichernden Frieden wünschen, „von der Großindustrie bezahlt“ seien, oder „kapitalistischen Interessen dienen“, daß die „Annexionspolitiker“ allein schuld an dem dritten Kriegsjahr und vielleicht an dem kommenden Kriegswinter seien. Alle die bis zum Ueberdruß verbreiteten Verleumdungen über „Kriegsbeher“, über „Annexionisten“ lehren wieder.“

Die Sache der spekulierenden Eroberungsnarren muß trotz ihres mit einem Riesenkapital und mit einer wahrhaft barnumistischen Resonanz arbeitenden Betriebes sehr schlecht stehen, wenn ein so ausgeprägtes annexionsistisches Blatt sich zu solchen Worten genötigt sieht. Den Vorwurf der „Gegardie gegen den Krieg“ — so schreibt die „Kölnische Volkszeitung“ tatsächlich — lassen wir uns natürlich gern gefallen; die Umwälzung des „Scheidemann-Friedens“ in einen „die Zukunft Deutschlands bedrohenden Verzichtsfrieden“ ist ein nachgerade wirkungslos gewordener demagogischer Trick.

Zentrumsagrarien gegen das gleiche Wahlrecht.

Der Triersche Bauernverein, der in 115 Ortsgruppen 25 800 Mitglieder umfaßt, nahm in einer Generalversammlung nach Heden

der Zentrumsabgeordneten Febr. Wolff-Metternich und Bektin ein stimmig folgende Entschliebung an:

„Der Triersche Bauernverein lehnt mit Entschiedenheit das gleiche Wahlrecht für den preussischen Staat ab und wünscht ein Wahlrecht, durch welches die Interessen der Landwirtschaft voll und ganz gewahrt werden.“

Die Feinde des gleichen Wahlrechts im Zentrum beschränken sich bei weitem nicht auf die Bauern. Vor wenigen Tagen erst mahnte die „Köln. Volksztg.“ den Reichskanzler, auch innerpolitisch sich „freie Hand“ zu bewahren; die Bürgerkassen, die der Reichstag „schon“ erhalten habe, seien für das deutsche Volk so auskömmlich und fest wie nur möglich, „nach den Beschränkungen nicht bedeutungsloser Kreise sogar schon nicht unbedeutlich“.

Der Deutschen Vaterlandspartei ist der schlesische Zentrumsabgeordnete Graf Strachwitz in Warschau beigetreten; er wurde in den engeren Ausschuss des schlesischen Landesverbandes aufgenommen.

Eine Verordnung des Fhrn. v. Gayl.

Der stellvertretende kommandierende General vom 7. Armeekorps in Münster hat unterm 23. August eine Verordnung erlassen, wonach derjenige, der Arbeiter in unmittelbar oder mittelbar für Heeresbedarf tätigen Betrieben zum Aufgeben oder Wechsel ihrer Arbeitsstelle veranlaßt, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft wird.

Das hat nun Hg. Spiegel (Soz.) folgende Anfrage gestellt: Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um zu verhindern, daß Arbeiter mit Haft bestraft werden, wenn ihnen wegen Lohnabhängigkeit oder Akkordreduktionen von den Arbeiterorganisationen oder deren Vertretern, sowie den Besitzern in den Schlichtungsausschüssen geraten wird, sich auf Grund des Gesetzes eine andere Arbeitsstelle zu suchen?

Druckfehlerberichtigung. In unserer gestrigen Hindenburg-Artikel hat sich ein fälschlicherweise Druckfehler eingeschlichen. Hindenburg hat im Jahre 1814 natürlich nicht in der Dänischschlacht, sondern in der Denmeischlacht gesiegt.

Kleine Kriegsnachrichten.

Der Luftangriff auf London. London, 1. Oktober. Amlich. Nach den letzten Berichten wurden bei den Luftangriffen von gestern abend in allen Bezirken zusammen neun Personen getötet und 42 verletzt. In London verloren nur zwei Personen das Leben. Der Materialschaden ist ziemlich bedeutungslos.

General Kornilow und achtzehn Frontgenossen sind nach dem „Petit Journal“ in der Schlüßelburg interniert worden. Das Kriegsgericht wird Mitte Oktober über sie verhandeln.

Friedensfundgebung in Antwerpen. In Antwerpen fand am Sonntag eine Friedensfundgebung des Vond der Weltbühre statt, die von etwa 2000 Personen besucht war. Die einstimmig angenommene Entschliebung spricht sich für einen Frieden ohne Konzessionen und Entschädigungen aus und wendet sich gegen die Fortsetzung des Krieges bis zum bitteren Ende. Neben hielten die Wdg. Hendrix (soz.), Augustyns (lib.), der Sozialdemokrat Joris sowie eine Vertreterin der Frauenbewegung.

Letzte Nachrichten.

Der internationale Gewerkschaftskongreß in Bern.

Lugano, 2. Oktober. Der internationale Gewerkschaftskongreß in Bern wurde zwar gestern vom Polizeidirektor Schuechberger mit einer kurzen Ansprache eröffnet, die eigentlichen Arbeiten begannen aber erst heute oder morgen, da noch die schwedischen Teilnehmer fehlen. Zehn Teilnehmer aus Ungarn sind erst gestern abend eingetroffen. Auf dem Kongreß sind vertreten: Holland, Deutschland, Österreich-Ungarn, Schweiz, Norwegen, Schweden und Dänemark.

Vertreter Italiens und Frankreichs sind zwar angemeldet, ihre Regierungen haben jedoch, wie schon gemeldet, die Pässe verweigert.

Hindenburgs Geburtstagstede.

Bei der gestrigen Feier seines 70. Geburtstages im Wohen Hauptquartier dankte Hindenburg für die Glückwünsche der Bevölkerung, die der Landrat darbrachte, mit einer kurzen Rede, in der er sagte: „Lun Sie noch mehr, kämpfen Sie mit mir auch gegen jene Wenigen im Lande, die noch weiche und flau sind, kein Mann im Reiche darf uns fehlen, wenn über die Zukunft des Reiches, über die Zukunft unserer Aller da vorne klug entschieden wird.“ Er wies auf General Ludendorff als auf seinen besten Helfer und auf das Heer, ohne dessen wunderbare Tüchtigkeit kein Gedanke zur Tat, kein Plan zum Siege werden könnte.

Die Polen warnen die österreichische Regierung.

Wien, 2. Oktober. Abgeordnetenhaus. Das Abgeordnetenhaus beendete die erste Lesung des Staatsvoranschlags und des Budgetprojektoriums. Hg. Dazynski, der Sprecher des Polenklubs, lehnte entschieden die Verantwortung der Polen für die gegenwärtige Lage des Parlamentes ab und warf der Regierung vor, daß sie die Forderungen der Polen, insbesondere nach Wiedereinsetzung eines zivilen Statthalters in Galizien, nicht berücksichtige, mit den Polen nicht einmal verhandele. Andere Stellung zum Budgetprojektorium werden wir bei der zweiten Lesung präzisieren; schon jetzt aber wollen wir feststellen, daß wir keine Politik gegen den Staat und das Parlament führen, und daß unsere Krakauer Botschaft vom 28. Mai sich gerade auf das Vertrauen gegenüber der Dynastie und den staatlichen Interessen Österreichs gründen. Wir sind aber nicht geneigt, das Interesse des Polenvolkes der Politik einer Regierung anzuvertrauen, welche unserem Lande gegenüber entweder feindselig oder gleichgültig sich verhält. Wenn die Regierung es an dem Ernst gegenüber den Forderungen der polnischen Bevölkerung mangelt, wird sie sich selbst die Schuld zuschieben müssen. (Lebhafte Beifall bei den Polen.)

Argentinien und die Neutralität.

Bafel, 2. Oktober. Die Senats aus Buenos Aires meldet, ging die Parlamentssession zu Ende. Der Präsident hat damit von gestern an volle Handlungsfreiheit. Man berichtet, daß er den Befehl gegeben hat, die Besatzung zu erklären, um den Streik zu unterdrücken und eine Agitation zugunsten des Abbruchs der Beziehungen zu Deutschland aufzuhalten. Freunde des Präsidenten verhindern, daß er die Neutralität des Landes aufrecht erhalten wird. Die Organe des Präsidenten ändern plötzlich ihre Haltung, die früher einem Druck geneigt waren.

Explosion einer englischen Munitionsfabrik.

London, 2. Oktober. Offiziell wird gemeldet: Ein heftiger Brand und eine Explosion fand in einer Munitionsfabrik in Nordengland statt. Der Schaden ist unbedeutend; bis jetzt sind noch keine Verletzte eingelaufen, daß Menschenleben zu Schaden sind. Eine Anzahl Arbeiter ist verwundet.

Das neueste Produkt allduischer Heßmethode

Den Reichstagsabgeordneten ist gestern eine allduische Flug schrift eingehändigt worden, die aber auch sonst im Volke verbreitet zu werden scheint. Sie ist angefüllt mit Schreckensbildern von den Russengrenzen in Ostpreußen, man sieht bildlich dargestellt Ermordete mit zerlöcherter Stirn, ausgestochenen Augen, abgehakten Händen usw. Wir haben es seit jeher als ein zweischneidiges Mittel angesehen, durch solche Illustrationen Hohn gegen die Feinde zu erwecken, weil die gerechte Empörung über die Täter leicht in einen verallgemeinernden Höllehaß schlimmster Art umschlagen kann. Aber in diesem Falle haben die Allduiser diese Abbildungen nicht einmal gegen die Feinde Deutschlands gebraucht, sondern dieses Mittel ist ihnen recht, um Haß gegen die eigenen Volksgenossen zu säen! Die Abbildungen der von den Kosaken Ermordeten sollen zur Hege gegen die Anhänger des Verständigungs friedens dienen!

Jede einzelne Illustration trägt eine Unterschrift, wie: Herrn Scheidemann, H. d. R., gewidmet, Herrn Erzberger, W. d. R., gewidmet, Herrn Dittmann, W. d. R., gewidmet usw. Die ganze Broschüre nennt sich: „Den Herren Reichstagsabgeordneten, die einen deutschen Grenzschutz ablehnen, ins Stammbuch.“

Diese allduische Heßmethode richtet sich von selber. Denn der einsichtige Leser wird sich selber sagen, daß die Ueberschrift viel passender lauten müßte: „Den Herren Reichstagsabgeordneten, die durch einen Gewaltfrieden neue Revanchekriege heraufbeschwören wollen, ins Stammbuch.“

Für die Strupellosigkeit, mit der die Schrift begt, ein Beispiel: In der ersten Illustration gederdet sie sich philoosomisch: da wird das Bild eines von den Russen ermordeten Juden dargestellt, um an das jüdische Solidaritätsgefühl des Abg. Cohn zu appellieren. Auf der letzten Seite aber läßt der Verfasser die Maske fallen. Da lautet es:

„Und im Sicherheitsgewiegten Bande dürfen, seit Tage und Tag, zum Schaden und zur Schande Deutschlands — ungekrast — dunkelhaarige und feindselige, in Deutsch land geborene Ausländer ihre Unwesen treiben (das bezieht sich wahrscheinlich auf die hunderttausend jüdischen Wäsbürger, die im deutschen Heere ihre Pflicht erfüllen. Red. d. Vorn.). ... daß eine, vom deutschen Standpunkte aus betrachtet, schädliche „Internationalisten“-Presse den Todfeinden Deutschlands geistige Waffen liefert. ... dürfen sogenannte Volkvertreter als, was wahren Deutschen heilig ist, durch Verhegung und Verleugung und durch Wort und Tat verzeien.“

Noch ein Punkt ist interessant: Die Schrift ist auf erstklassigem feinen Illustrationspapier gedruckt, wie es heute im Handel kaum noch zu haben ist. Bei einem Umfang von nur acht Seiten dürfte jedes einzelne Exemplar der Schrift nach sachverständigem Urteil bei den heutigen Papier- und Druckpreisen mindestens 15 bis 20 Pf. kosten. Gleichwohl wird die Schrift gratis verteilt. Wer bezahlt die Unkosten?

